

Vorlage-Nr.: **3382-2010/DaDi** vom 12.01.2010

Aktenzeichen: 722-007

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Hübenbecker
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Infrastruktur- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kooperationen für Bedürftige - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt/Dieburg überprüft im Zuge von Kooperationen mit angrenzenden Landkreisen und denen der Stadt Darmstadt die gemeinsame Einführung eines Mobitickets für Empfänger/innen von ALG II, ALG I (sofern die Anspruch auf ergänzendes ALG II haben), und Asylbewerber und -rinnen.

Begründung:

Mobilität ist in heutigen Zeiten gerade für bedürftige Bürger dringend nötig. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss erhalten bleiben ! O.g. Personenkreis soll eine nicht übertragbare Monatskarte für den RMV in der Verkehrszone 1 bis 4 übergeben werden.

Kooperationen mit angrenzenden Landkreisen und der der Stadt Darmstadt sollen ermöglichen, ein solches „Mobiticket“ zu deutlich reduzierten Kosten als bisher zu übergeben.

Schon heute können sich viele arme Menschen des Landkreises keine Fahrt ehr von Groß Umstadt zur KfB nach Darmstadt Kranichstein mehr leisten!

Ein „Mobiticket“ würde hier eine merkliche Besserung bringen. Dieses Ticket würde auch in Mitten der Finanzkrise den Bürgern die sozialpolitische Kompetenz der Kreisverwaltung deutlich machen.

Dieses Mobiticket würde sich auch eignen, die Sozialkompetenz der politisch Handelnden – den Spagat zwischen Krise, Konjunkturprogrammen, Millionen für Banken, Abwrackprämien und Steuererleichterung für Erbe auf der Einen – und Konsolidierung auf der Anderen Seite, den Bürgern positiv zu vermitteln. Auch dafür eignet sich die Einführung eines Mobitickets für Bedürftige.

Wir bitten daher um Zustimmung unseres Antrages.